

# Inhaltsübersicht

<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	XXV
<b>Teil 1: Einleitung .....</b>	1
§ 1 Vorbemerkung und Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes .....	1
§ 2 Kritik an dem GmbH-Kapitalschutzsystem – insbesondere für die UG ....	6
<b>Teil 2: Kapitalaufbringung und Vermögensbindung der UG .....</b>	33
§ 3 Kapitalaufbringung in der UG .....	33
§ 4 Die Vermögensbindung der UG im Kontext zur GmbH und AG.....	64
<b>Teil 3: Kapitalmaßnahmen .....</b>	169
§ 5 Kapitalerhöhungen .....	169
§ 6 Kapitalherabsetzung innerhalb der UG .....	194
§ 7 Umwandlungsfähigkeit der UG – grenzüberschreitender Formwechsel.....	216
<b>Teil 4: Besonderheiten der Kapitalaufbringung und Vermögensbindung .....</b>	239
§ 8 Die UG als Bestandteil von Unternehmensverbindungen .....	239
§ 9 Die UG im System der Mantel- und Vorratsgesellschaften.....	272
§ 10 Grenzen der Kapitalaufbringung und Vermögensbindung .....	296
<b>Teil 5: Schlussbetrachtung.....</b>	321
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	331

# **Inhaltsverzeichnis**

<b>Abkürzungsverzeichnis.....</b>	<b>XXV</b>
<b>Teil 1: Einleitung.....</b>	<b>1</b>
§ 1    Vorbemerkung und Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes .....	1
A.    Einführung .....	1
B.    Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes und Gang der Untersuchung .....	4
§ 2    Kritik an dem GmbH-Kapitalschutzsystem – insbesondere für die UG.....	6
A.    Vorbemerkung .....	6
I.    Haftungstrennung und Gläubigerschutz – Antagonismus der Gesellschafter- und Gläubigerinteressen.....	6
II.    Gesetzlicher Gläubigerschutz .....	9
III.    Mindestkapital der GmbH als Opportunitätsgrenze .....	11
B.    Einführung der UG als Reaktion auf den innereuropäischen Gesellschaftswettbewerb und die Kritik am klassischen Nennkapitalsystem.....	14
I.    Wider dem Mindestkapitaldogma .....	14
II.    Seriositätsgefälle der GmbH zur UG .....	15
III.    Abwanderung deutscher Unternehmen in das EU- Ausland – Kapitalgesellschaftlicher Wettbewerb.....	17
1.    Europarechtlicher Hintergrund (Überblick).....	17
2.    Aufsteigender Wettbewerb der Gesellschaftsformen.....	20
3.    Einführung der UG.....	21
4.    Die Societas Unius Personae (SUP) als Konkurrenz oder Fortentwicklung der UG.....	23
C.    Legitimation der Haftungsbeschränkung nach Einführung des § 5a GmbHG .....	25
I.    Kompensation des Mindestkapitals durch die Sonderregeln des § 5a GmbHG im Überblick .....	26
1.    Besondere Firmierung nach § 5a Abs. 1 GmbHG .....	26

2.	Stammkapitalaufbringung gemäß § 5a Abs. 2 GmbHG und Kapitalthesaurierung nach § 5a Abs. 3 GmbHG .....	27
3.	Einberufung der Gesellschafterversammlung gemäß § 5a Abs. 4 GmbHG.....	27
4.	Beschränktheit der Kompensationsfunktion .....	28
II.	Seriositätsbonus .....	29
D.	Zusammenfassung.....	31
<b>Teil 2:</b>	<b>Kapitalaufbringung und Vermögensbindung der UG .....</b>	<b>33</b>
§ 3	Kapitalaufbringung in der UG .....	33
A.	Kritik am Kapitalaufbringungzwang für die UG und Folgen für die GmbH.....	33
I.	Zweck der Kapitalaufbringung.....	33
II.	Ineffektivität der klassischen Kapitalaufbringung und Vermögensbindung .....	34
III.	Fehlendes Bedürfnis für eine sukzessive Einzahlung des Stammkapitals .....	36
B.	UG-Sonderregeln der Kapitalaufbringung.....	40
I.	Die Sacheinlage in der UG und ihre allgemeine (Un-) Zulässigkeit.....	41
1.	Allgemeines Verbot der Sacheinlage bei Gründung.....	41
2.	Zweck des Sacheinlageverbotes.....	41
II.	Gebot der Volleinzahlung nach § 5a Abs. 2 S. 1 GmbHG.....	44
C.	Rechtsfolgen bei Verstößen.....	46
I.	Nichtigkeit der Sacheinlageabrede.....	46
II.	Barleinlagepflicht und keine Anrechnung der Sacheinlage .....	47
D.	Die Verdeckte Sacheinlage.....	48
I.	Überblick: Hintergrund der Regelung und Tatbestand .....	48
1.	Tatbestand .....	48
2.	Liberalisierung durch das MoMiG.....	48
3.	Keine gegenständliche Vermögensbetrachtung der Geldeinlage .....	50

II.	Problematik der UG .....	50
1.	Meinungsstand der Literatur .....	50
a)	Anwendbarkeit des § 19 Abs. 4 GmbHG – ablehnende Ansichten.....	50
b)	Anwendbarkeit des § 19 Abs. 4 GmbHG – zulassende Ansichten.....	52
c)	Einzelne Rechtsfolgen im Falle der Unzulässigkeit.....	53
2.	Stellungnahme.....	54
a)	Wortlautauslegung.....	54
b)	Systematik.....	55
c)	Teleologische Erwägungen.....	56
3.	Fazit und Bedeutung für die Kapitalaufbringung .....	59
E.	Hin- und Herzahlen .....	59
I.	Struktur und Entwicklung des Hin- und Herzahlens .....	59
II.	Bilanzielle Betrachtungsweise in der Kapitalaufbringung.....	60
III.	Übertragung und Anwendbarkeit auf die UG .....	61
IV.	Fazit.....	63
F.	Zusammenfassung.....	63
§ 4	Die Vermögensbindung der UG im Kontext zur GmbH und AG.....	64
A.	GmbH-Kapitalerhaltung und AG-Vermögensbindung.....	64
I.	Vermögensbindung als gesonderter Begriff .....	64
1.	Vermögensbindung im AktG und Kapitalerhaltung im GmbHG .....	64
2.	Übertragung auf die UG.....	67
II.	Bestimmung und Unterscheidung der GmbH-Kapitalerhaltung zur AG-Vermögensbindung .....	68
1.	Erhaltung des GmbH-Stammkapitals versus umfassende Vermögensbindung der AG.....	68
a)	Bindungsintensität.....	68
b)	Sinn und Zweck der GmbH-Kapitalerhaltung und AG-Vermögensbindung .....	71
c)	Rechtfertigung der erweiterten Vermögensbindung in § 57 Abs. 1 AktG.....	74

2.	Suspendierung der Vermögensbindung durch qualifizierte Rechtsgeschäfte.....	75
a)	Upstream-Darlehen und Abkehr von einem gegenständlichen Vermögensschutz – Aufgabe der „November“-Rechtsprechung.....	76
b)	Gesellschafterdarlehen.....	79
3.	Keine Angleichung beider Vermögensbindungssysteme ....	81
a)	Zweifel der Literatur an einer strengen Vermögensbindung über den „Sicherungsring“ hinaus.....	81
b)	Forderungen nach einer umfassenden Vermögensbindigungswirkung im GmbHG.....	86
4.	Abgeleitete und erweiterte Kapitalerhaltung der UG .....	88
B.	Erweiterte Kapitalbindung – gesetzliche Gewinnrücklage nach § 5a Abs. 3 GmbHG.....	89
I.	Allgemeines .....	89
II.	Gesetzliche Gewinnthesaurierung als Derivat der Kapitalaufbringung .....	89
III.	Funktionen des Thesaurierungsgebotes und der Gewinnrücklage.....	90
1.	Kapitalansammlung- bzw. Kapitalaufholung .....	90
2.	Keine Vorform des Stammkapitals .....	91
3.	Legitimationsfunktion.....	91
4.	Übergangsfunktion und „transitorische“ Funktion .....	92
5.	Verlustausgleichsfunktion und Bestandserhaltungsfunktion .....	94
6.	Pufferfunktion .....	95
7.	Liquiditätsfunktion.....	95
8.	Gläubigerschutzfunktion .....	96
IV.	Dauer der Thesaurierungspflicht und enumerativ aufgezählte Verwendungszwecke.....	97
1.	Reichweite der Rücklagenbildungspflicht.....	97
2.	Bedenken gegen die Pflicht zur Gewinnthesaurierung .....	97
3.	Bewertung .....	99

4.	Verwendungsrestriktionen des thesaurierten Kapitals....	100
a)	Verwendung der Gewinnrücklage zur Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln.....	101
b)	Verlustausgleich .....	102
V.	Der Jahresabschluss als Berechnungsgrundlage für die Thesaurierungspflicht.....	103
1.	Jahresabschluss als Informationsquelle und Dokumentationsinstrument .....	103
2.	Der Jahresabschluss als Grundlage für unternehmerische Kapitalmaßnahmen .....	105
3.	Bildung der gesetzlichen Rücklage und Beschränkung des Anspruchs der UG-Gesellschafter auf den Bilanzgewinn .....	106
4.	Bilanzpolitische Beeinflussung des JA und der gesetzlichen Rücklage.....	108
5.	Verdeckte Gewinnausschüttungen als konzeptioneller Defekt.....	108
6.	Alternative Ansätze zur JA-Abhängigkeit .....	109
VI.	Ausschüttungsfähige Rücklagen – zusätzliche Kapitalbindung außerhalb der gesetzlichen Gewinnrücklage.....	110
VII.	Bilanzierung der thesaurierten Gewinne.....	111
1.	Gliederung der GuV im Lichte der UG.....	111
a)	Gliederung.....	111
b)	Erweiterung der GuV-Gliederung entsprechend § 158 AktG .....	112
c)	Privilegierung von „Kleinstkapitalgesellschaften“ in der GuV .....	113
2.	Veröffentlichung von GuV und Bilanz nach §§ 325, 326 HGB .....	115
3.	Gliederung der Bilanz.....	117
a)	Einstellungen in die gesetzliche Rücklage .....	117
b)	Gliederungsvereinfachungen bei Erstellung der Bilanz .....	117
4.	Fazit.....	120

VIII.	Besonderer Auskunftsanspruch .....	120
C.	Vergleichend: Vermögensbindung der Ltd. und Ansätze der SUP .....	122
	I. Ltd. ....	122
	II. SUP.....	123
	III. Fazit.....	125
D.	Rechtsfolgen von Verstößen – Reichweite der UG- Vermögensbindung .....	125
	I. Formen von Verstößen .....	125
	1. Offene Verstöße.....	125
	2. Verdeckte Verstöße – Umgehungsgestaltungen durch vGA.....	126
	II. Nichtigkeit der Gesellschaftsbeschlüsse bei offenen Verstößen.....	127
	1. Nichtigkeitsanordnungen der §§ 256 Abs. 1, 253 AktG.....	127
	2. Vergleich zu § 150 AktG.....	129
	3. § 5a Abs. 3 GmbHG als überwiegend gläubigerschützend? .....	130
	4. Kondiktionsanspruch nach § 812 Abs. 1 S. 1, Alt. 1 BGB.....	132
	III. Schutz vor offenen und verdeckten Verstößen durch erweiterte Kapitalerhaltung oder umfassende Vermögensbindung .....	132
	1. Vorbemerkung: Anwendung der §§, 30, 31 GmbHG auf die gesetzliche Rücklage .....	132
	2. Abgrenzung: Schutz der bereits gebildeten und Umgehung der noch zu bildenden Rücklage.....	133
	3. Direkte Anwendbarkeit der §§ 30, 31 GmbHG.....	135
	a) Meinungsstand der Literatur.....	135
	b) Bewertung.....	136
	4. Analoge Anwendung der §§ 30, 31 GmbHG.....	136
	a) Planwidrige Regelungslücke .....	137
	b) Vergleichbarkeit der Interessenslage.....	137
	5. Erweiterte Vermögensbindung.....	139
	a) Lösungen der Literatur .....	139

b)	Vorlagen im Steuerrecht .....	142
c)	Verbuchung der verdeckten Gewinnausschüttung als Aufwand oder Ergebnisverwendung .....	144
aa)	Verdeckte Gewinnausschüttung als Ergebnisverwendung .....	146
bb)	Verdeckte Gewinnausschüttung als Jahresergebnis beeinflussender Faktor.....	147
d)	Verbuchung der vGA als Ergebnisverwendung.....	148
aa)	Konsequenzen.....	148
bb)	Fragwürdige Durchsetzbarkeit aufgrund fehlender Prüfungspflichten.....	149
e)	Umfassende Vermögensbindung im UG-Recht nur de lege ferenda .....	151
f)	Keine Übertragung der §§ 253, 256 Abs. 1 AktG .....	155
g)	Fazit und Vorschlag de lege ferenda .....	155
IV.	Nichtigkeit der Rechtsgeschäfte nach § 134 BGB i.V.m. § 5a Abs. 3 GmbHG .....	156
1.	Offene und verdeckte Verstöße unter Beachtung des § 134 BGB, § 5a Abs. 3 GmbHG.....	157
a)	Vergleich zur AG .....	157
aa)	Überblick über den bisherigen Stand der Literatur und Rechtsprechung .....	158
bb)	Klärendes Urteil durch den BGH.....	158
b)	Übertragung auf die UG .....	160
2.	Fazit.....	161
V.	Weitere Ansprüche bei einem Verstoß gegen die Thesaurierungspflicht .....	161
1.	Kein Anspruch sui generis .....	161
2.	Organhaftung und Gesellschafterhaftung.....	162
a)	Geschäftsführerhaftung nach § 43 GmbHG .....	162
b)	Existenzvernichtungshaftung.....	164
c)	Fazit .....	165
E.	Zusammenfassung.....	165

<b>Teil 3: Kapitalmaßnahmen .....</b>	169
<b>§ 5 Kapitalerhöhungen.....</b>	169
A. Effektive Kapitalerhöhung durch Bareinlage.....	169
I. Ablauf der Barleinlagepflicht.....	170
II. Reichweite des Volleinzahlungsgebotes nach § 5a Abs. 2 S. 1 GmbHG .....	170
1. Meinungsstand.....	170
a) Erhöhungen unter 25.000 Euro.....	170
aa) Sinnhaftigkeit einer Kapitalerhöhung unter 25.000 Euro .....	170
bb) Meinungsstand der Literatur.....	171
b) Kapitalerhöhungen auf 25.000 Euro oder mehr .....	172
c) Behandlung des Volleinzahlungsgebotes durch die Obergerichte .....	172
2. Auslegung und Bewertung.....	173
III. Analoge Anwendung des § 7 Abs. 2 S. 2 GmbHG .....	176
IV. Potenzielle Diskriminierung sukzessiver GmbH-Gründungen.....	177
B. Effektive Kapitalerhöhung durch Sacheinlage.....	181
I. Reichweite des Sacheinlageverbots – Überblick über den Meinungsstand .....	181
1. Allgemeines Sacheinlageverbot .....	182
2. Sacheinlagen bei Kapitalerhöhungen auf 25.000 Euro.....	182
3. Gänzlich zulassende Ansicht .....	184
II. Bewertung und Auslegung von § 5a Abs. 2 S. 2, Abs. 5 GmbHG .....	184
1. Wortlaut und Systematik .....	184
2. Zwischenfazit .....	187
3. Teleologische Auslegung .....	187
III. Fazit.....	189
C. Nominelle Kapitalerhöhung nach § 57c GmbHG.....	189
I. Vorbemerkung.....	189
II. Problem der Sacheinbringung in eine freie Kapitalrücklage.....	191

III.	Fazit.....	193
D.	Nachschriftpflicht.....	193
E.	Zusammenfassung.....	193
§ 6	Kapitalherabsetzung innerhalb der UG .....	194
A.	Vorbemerkung.....	194
B.	Gründe für eine Kapitalherabsetzung in der UG.....	195
C.	Rechtliche Grundlagen .....	196
I.	Systematische Bedenken.....	196
1.	Allgemeines .....	196
2.	Die „Umwandlung“ der GmbH in eine UG durch Kapitalherabsetzung .....	197
II.	Kapitalherabsetzung im UGG-Entwurf.....	199
III.	Folgen für die Kapitalherabsetzung – Meinungsstand .....	199
1.	Kapitalherabsetzung – ablehnende Ansicht.....	199
2.	Kapitalherabsetzung – zulassende Ansicht.....	200
D.	Anwendung der §§ 58, 58a GmbHG auf die UG.....	201
I.	Anwendbarkeit des § 58 Abs. 1 GmbHG.....	201
II.	Restriktive Auslegung des § 58 Abs. 2 S. 1 GmbHG.....	202
1.	Wortlautauslegung .....	202
2.	Systematik.....	204
3.	Entstehungsgeschichte und historischer Wille des Gesetzgebers .....	204
4.	Teleologische Auslegung .....	208
a)	Wahrung des Mindestkapitals.....	208
b)	Kapitalherabsetzung contra Thesaurierungsgebot....	209
c)	Sonstige Bedenken aufgrund der angeblich „transitorischen Funktion“ der UG .....	210
5.	Zwischenfazit .....	212
III.	Vereinfachte Kapitalherabsetzung nach § 58a GmbHG.....	212
IV.	Teleologische Reduktion der §§ 58 Abs. 2 S. 1, 58a Abs. 4 S. 1 GmbHG.....	212
V.	Vorschlag de lege ferenda.....	213
E.	Rechtsvergleichender Ausblick .....	214

I.	Kapitalherabsetzung bei der Ltd. ....	214
II.	Kapitalherabsetzung in der geplanten SUP .....	215
F.	Zusammenfassung.....	215
§ 7	Umwandlungsfähigkeit der UG – grenzüberschreitender Formwechsel.....	216
A.	Umwandlung, Kapitalaufbringung und Vermögensbindung.....	216
B.	Überblick: Die UG als Zielgesellschaft einer Verschmelzung oder Spaltung.....	217
I.	Vorbemerkung.....	217
II.	Ausschluss der Umwandlung zur Neugründung .....	218
III.	Abhängigkeit der Zulässigkeit von dem Erfordernis einer Kapitalerhöhung.....	219
IV.	Downstream und Upstream Merger als Umgehungsgestaltung.....	220
C.	Überblick: Die UG als Ausgangsgesellschaft.....	222
D.	Insbesondere: Der grenzüberschreitende Formwechsel in eine UG.....	222
I.	Rechtliche Rahmenbedingungen des Formwechsels.....	222
1.	Vorbemerkung und bisheriger Stand.....	222
2.	Problematik des Formwechsels von Kapitalgesellschaften in eine UG .....	224
II.	Grenzüberschreitender Formwechsel am Beispiel der Limited in eine UG .....	225
1.	Hintergrund und Bedürfnis der Umwandlung einer Limited in eine UG .....	225
2.	Grenzüberschreitender Formwechsel als identitätswechselnder oder identitätswahrender Umwandlungsvorgang .....	226
3.	Das VALE-Urteil des EuGH.....	228
a)	Beschränkung der Niederlassungsfreiheit durch nationale Vorschriften.....	228
b)	Kontinuität des Rechtsträgers .....	228
4.	Nationales Umwandlungsrecht unter europarechtskonformer Auslegung.....	229
a)	Grundlegender Verweis auf nationales Recht .....	229

b)	Konkrete Übertragung auf das deutsche Recht.....	230
c)	Anwendung der Gründungsvorschriften .....	231
5.	Fehlende Formwechselfähigkeit der UG als unzulässige Diskriminierung? .....	231
6.	Formwechsel der Ltd. in die UG – keine Sachgründung... a) Keine originäre Einlageleistung.....	232
	b) Kein Bedürfnis für eine strikte Anwendung der Gründungsvorschriften.....	234
	c) Anpassung an die „Societas Unius Personae“ (SUP) ....	235
E.	Zusammenfassung.....	236
<b>Teil 4:</b>	<b>Besonderheiten der Kapitalaufbringung und Vermögensbindung</b> .....	239
§ 8	Die UG als Bestandteil von Unternehmensverbindungen .....	239
A.	Vertragliche Konzernierung und § 5a GmbHG.....	239
I.	Abhängige Konzerngesellschaft im Gewinnabführungsvertrag .....	239
1.	Steuerliche Organschaft.....	239
2.	Die Pflicht zur Gewinnabführung und zur Gewinnthesaurierung.....	239
a)	Gewinnabführungsvertrag versus Thesaurierungspflicht.....	239
b)	Vorrang der Thesaurierungspflicht .....	240
c)	Analoge Anwendung von § 300 AktG, § 301 AktG oder § 5a Abs. 3 GmbHG.....	241
aa)	Planwidrige Regelungslücke .....	241
bb)	Vergleichbarkeit der Interessenslage.....	242
1)	Systematische Bedenken gegen die Anwendbarkeit des § 300 AktG .....	242
2)	Ausreichender Schutz durch die Verlustausgleichspflicht des § 302 AktG.....	244
3)	Entsprechende Anwendung des § 5a Abs. 3 S. 1 GmbHG unter dem Rechtsgedanken des § 301 AktG .....	246

II.	Untergeordnete Gesellschaft im Beherrschungsvertrag.....	247
III.	Konzern leitende Gesellschaft .....	248
1.	Vorteile und Nachteile einer UG als Holding.....	248
2.	Die Pflicht zur Verlustübernahme gemäß § 302 AktG analog.....	249
a)	Umfang der Verlustausgleichspflicht.....	249
b)	Verlustausgleichspflicht als Abkehr von der Existenzgründung.....	250
c)	Auflösung von Rücklagen .....	250
3.	Fazit.....	251
IV.	Ausblick auf die UG & Co. KG.....	251
B.	Konzernfinanzierung .....	254
I.	Cash Management und Kapitalerhaltung nach § 30 GmbHG .....	256
II.	Die UG als (il)liquider Schuldner eines Rückzahlungsanspruchs.....	257
1.	Vorüberlegung.....	257
2.	Die Vollwertigkeit nach § 30 Abs. 1 S. 2, Alt. 2 GmbHG.....	257
3.	Maßgeblicher Zeitpunkt .....	258
4.	Bewertungskriterien der Vollwertigkeit.....	258
a)	Bilanzielle Betrachtung.....	258
b)	Angemessene Verzinsung .....	259
c)	Bewertung der Bonität.....	260
5.	Besonderheiten für die UG als Zahlungsempfänger .....	261
a)	Probleme der finanzschwachen Holding-UG .....	261
aa)	Insolvenzanfälligkeit der UG – drohende Konzerninsolvenz.....	261
bb)	Bonität der UG.....	262
cc)	Vorgabe des Gesetzgebers.....	263
b)	Folgen für den Rückzahlungsanspruch.....	264
6.	Fazit.....	265
III.	Die UG als auszahlende, darlehensgebende Gesellschaft.....	266

1.	Austausch der Barreserve mit schuldrechtlicher Forderung .....	266
2.	Eingeschränkte Anwendung des § 30 Abs. 1 S. 2, Alt. 2 GmbHG.....	267
a)	Planwidrige Lückenhaftigkeit .....	267
b)	Vergleichbarkeit der Regelungstatbestände.....	267
c)	Fazit .....	268
3.	Jederzeitige Fälligstellung des Rückzahlungsanspruches.....	268
C.	Zusammenfassung.....	270
§ 9	Die UG im System der Mantel- und Vorratsgesellschaften.....	272
A.	Die GmbH als Vorrats- oder Mantelgesellschaft .....	272
I.	Terminologie.....	272
1.	Mantelgesellschaft.....	272
2.	Vorratsgesellschaft, Vorratsgründung, Verwendung der Vorratsgesellschaft .....	273
II.	Rechtliche Zulässigkeit .....	274
III.	Hintergrund einer GmbH-Mantelverwendung .....	274
1.	Die wirtschaftliche Neugründung .....	274
2.	Entsprechende Anwendung der Gründungsvorschriften .....	275
IV.	Bedürfnis für einen Mantelerwerb .....	276
V.	Folgen der UG-Einführung.....	277
B.	Die UG als mögliche Vorrats- oder Mantelgesellschaft .....	278
I.	Hintergrund/ Bedürfnis einer UG-Vorrats – und Mantelverwendung .....	278
1.	Wirtschaftliche Vorteile? .....	278
2.	Der Bequemlichkeitsfaktor .....	279
II.	Rechtliche Zulässigkeit der UG als Vorrats- und Mantelgesellschaft .....	280
1.	Allgemeines .....	280
2.	Probleme der Vorratsgründung und Mantelverwendung aus UG-Sicht.....	280
a)	Keine zwangsläufige Liquidation bei Einstellung .....	280

	des Unternehmens .....	280
b)	Kein Verstoß gegen den vermeintlichen Grundsatz der Neugründung.....	282
III.	Fazit.....	284
C.	Analoge Anwendung der Gründungsvorschriften für die UG- Mantelverwendung .....	284
I.	Wirtschaftliche und rechtliche Neugründung einer Gesellschaft.....	284
II.	Planwidrige Regelungslücke.....	285
III.	Vergleichbarkeit der Interessenlage .....	285
1.	Grundsätzliche Bedenken gegen eine erneute Kapitalaufbringungspflicht.....	286
a)	Maßgeblichkeit des Nennkapitals als Legitimation einer entsprechenden Anwendung.....	286
b)	Auswirkungen des nicht vorhandenen Mindestkapitals in der UG .....	287
2.	Sicherstellung des Grundkapitals in der UG aus Umgehungsgesichtspunkten.....	288
IV.	Anwendbarkeit des UG-Sonderrechts .....	289
1.	Keine starre Anwendung der Gründungsvorschriften....	289
2.	Sacheinlageverbot.....	290
a)	Grundsätzliche Bedenken aufgrund historischer Bargründung .....	290
b)	Sinn und Zweck des Sacheinlageverbotes als Anwendungsvoraussetzung.....	291
c)	Wertmäßige Deckung des Stammkapitals.....	292
d)	Fazit .....	293
3.	Volleinzahlungsgebot.....	294
4.	Gewinnrücklagen .....	294
D.	Zusammenfassung.....	295
§ 10	Grenzen der Kapitalaufbringung und Vermögensbindung .....	296
A.	Problem der Mindestkapitalausstattung der UG .....	296
B.	Insolvenz.....	298

I.	Finanzierungs- und Insolvenzproblematik der UG.....	298
II.	Insolvenzeröffnung .....	301
III.	Die Überschuldung als Insolvenzantragsgrund.....	301
	1. Entwicklung des Überschuldungsbegriffs .....	302
	2. Bedeutung der Fortführungsprognose für die UG.....	304
IV.	Zwischenfazit .....	306
C.	Lösung wegen Vermögenslosigkeit.....	306
	I. Anwendbarkeit.....	306
	II. Begriff der Vermögenslosigkeit.....	307
	1. Allgemeines .....	307
	2. Änderung der Tatbestandsanforderungen.....	308
	a) Allgemeine Problematik der gering kapitalisierten UG .....	308
	b) Unmittelbare Löschungsandrohung für Vorrats- UGs .....	309
	c) Mindestkapitalanforderungen zur Vermeidung der Vermögenslosigkeit .....	310
	d) Besondere Prognose-Anknüpfung .....	311
	III. Gesetzgeberische Zielsetzungen der Lösung.....	312
	1. Gläubigerschutz .....	312
	2. Registerbereinigung.....	314
IV.	Rechtsfolgen .....	315
	1. Eine Ansicht: Ermessen .....	315
	2. Andere Ansicht: Kein Ermessen .....	316
	3. Sonderrecht für die UG .....	317
	4. Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.....	318
D.	Zusammenfassung.....	319
<b>Teil 5: Schlussbetrachtung.....</b>		321
<b>Literaturverzeichnis .....</b>		331